

RN 17.10.12

Rabatte auf den Prüfstand

Steigende Stromkosten / Merkel stellt Ausnahmen in Frage

BERLIN. Die rapide steigenden Stromkosten sorgen zunehmend für Aktionismus in der Bundesregierung. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kündigte gestern überraschend an, die Rabatte für energieintensive Unternehmen auf den Prüfstand zu stellen. Diese Ausnahmen machten 0,5 Cent des aktuellen Anstiegs der Ökostrom-Umlage aus.



„Diesen Teil müssen wir uns noch einmal anschauen, ob das jetzt eigentlich richtig war, dass wir so viele Unternehmen herausgenommen haben. Denn es sind jetzt mehr als die, die im internationalen Wettbewerb stehen.“ Genüsslich fragte Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin seit Tagen, warum denn Hähnchenmäster Rabatte bei den Förderkosten bekommen.

Merkel will zudem eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) – und zwar rasch. Für den 2. November hat sie die Ministerpräsidenten zu einem Ener-

Die Länder entscheiden bei der Energiepolitik mit.

Foto dpa

giegipfel eingeladen. An die Adresse von Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), der Umweltminister Peter Altmaier mangelndes Reformtempo vorwirft, mahnte sie mehr Gemeinsamkeit in der Koalition an, um die Herausforderungen in den Griff zu bekommen. Denn Strompreiserhöhungen ausgerechnet im Bundestagswahljahr sind ein Problem.

Doch das Geplänkel zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium ist eher ein Nebenkriegsschauplatz.

Der Erfolg der Energiewende – und damit auch eine Begrenzung der Kosten – entscheidet sich in den Bundesländern. Es gibt 16 Energiekonzepte, eine Abfrage bei den Umwelt- und Energieministerien zeigt, dass kaum jemand Abstriche beim Ausbau und der Förderung von Windenergie machen will.

Daher ist derzeit nicht absehbar, ob die Länder einen Förderdeckel wie bei der Solarenergie und feste Windkraft-Ausbauquoten akzeptieren werden. dpa